



Seite 2:
Zweite Corona-Welle – DIE LINKE fordert solidarischen Schutz und zielgenaue Maßnahmen



Seite 4:
Eva von Angern als Direktkandidatin für den Landtag gewählt



Seite 6:
Neue Reihe: Die Internationale Friedensfahrt

DIE LINKE ZEITUNG

11/12/2020

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



DIE LINKE im Salzlandkreis stellt die Weichen für das Wahljahr 2021

Kreisversammlung im Bernburger Kurhaus; Foto: privat

Es war uns allen fast 50 Genossinnen und Genossen anzumerken, dass wir froh darüber waren, uns mal wieder treffen zu können, wenn auch mit Abstand. Die Kreisversammlung hat fast alle ihre Aufgaben gut gelöst.

Immerhin ging es um die Vorbereitung der Landratswahl sowie der Landtags- und Bundestagswahlen 2021. Dass Bundes- und Landespolitik auch immer einen kommunalen Bezug haben, hat Henriette Krebs in ihrem Eingangsreferat überzeugend und durchaus charmant dargestellt. Natürlich kamen Themen wie die Unterstützung der AMEOS-Beschäftigten, die kommunale Finanznot, das Volksbegehren gegen den Lehrermangel, Hilfen für die bedrohte Kultur- und Tourismussparte, Verbesserung der Pflegesituation und der Busverkehr im Landkreis in der Diskussion zur Sprache. Darauf war zuvor auch Sabine Dirlich als Vorsitzende der Kreistagsfraktion eingegangen. Jan Korte meldete sich in Abwesenheit mit einer Ton-Aufzeichnung, mit der er den Genoss/innen in Bernburg und sich selbst Mut machte. Die Mitgliederversammlung schlug der Landespar-

tei vor, ihn auf Platz 1 der sachsen-anhaltischen Landesliste zur Bundestagswahl zu wählen.

In der Diskussion brachten sich auch die designierten Direktkandidat/innen für die Landtagswahl ein. Bianca Görke will in Staßfurt, Henriette Krebs in Bernburg und Marco Kiontke in Aschersleben kandidieren. Eva von Angern wurde in Schönebeck bereits zur Direktkandidatin bestimmt. Sie konnte an unserer Kreisversammlung aus Termingründen nicht teilnehmen.

Eine schöne Überraschung bescherte uns eines unserer jüngsten Mitglieder. Jule Recklebe aus Calbe berichtete, dass sie in den 2 Jahren ihrer Parteimitgliedschaft bei jeder Kreisversammlung wahrnehmen musste, dass das Schatzmeisteramt meistens vakant war. Sie fasste sich ein Herz, kandidierte als Kreis-schatzmeisterin und bekam ein Traum-Wahlergebnis. Danke Jule und alles Gute!

Die angekündigte Entscheidung zur Landratskandidatur konnte noch nicht getroffen werden, weil die vorgesehene Person kurz vor der Versammlung absagen musste.

Gewählt wurden dann auch die Delegierten für die nächsten Landesparteitage:

Wahl der Delegierten zu den Landesparteitagen 2021 bis 2022:

Dirlich, Sabine ; Beier, Christa; Rehmann, Elke Bölke, Waltraud; Funke, Gisela; Claus, Roland Schneidewind, Andreas; Magenheimer, Klaus; Behm, Alexander; Pochanke, Tobias

Die gute Atmosphäre der Mitgliederversammlung hielt auch während der Wahlhandlungen an, auch wenn bei diesen über gute und weniger gute Platzierungen zu entscheiden war. In einer anschließenden gesonderten Versammlung wurden die wahlberechtigten Vertreter*innen aus dem Salzlandkreis für die Wahl der Landeslisten der LINKEN zur Landtags- und Bundestagswahl gewählt. Das sind immer etwas quälende Prozeduren, weil alle Vorschriften des Wahlrechts präzise beachtet werden müssen und im Falle von Formfehlern eine ganze Landesliste ungültig werden kann. Wir wurden dabei in bewährter Weise vom

Fortsetzung auf Seite 3

Zweite Corona-Welle – DIE LINKE fordert solidarischen Schutz und zielgenaue Maßnahmen

Eva von Angern, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Die Zunahme der Corona-Infektionen in Sachsen-Anhalt entwickelt sich dynamisch und stellt eine ernste, gesamtgesellschaftliche Bedrohung dar. Wie bereits im Frühjahr wird vor einer drohenden Überlastung des Gesundheitswesens gewarnt, ohne dass strukturelle Probleme bisher in Angriff genommen wurden. Dazu erklärt für die Fraktion DIE LINKE Eva von Angern:

„Die zweite Welle der Pandemie mit ihren großen Herausforderungen zu bewältigen, ist die Aufgabe der demokratischen Willensbildung im Parlament und nicht die Zuständigkeit des Feldherrenhügels des Ministerpräsidenten Haseloff. Dazu unterbreitet die Fraktion DIE LINKE auf der Landtagssitzung am kommenden Dienstag konkrete und sofort umsetzbare Vorschläge:

Gleiche Kriterien für Arbeit und Freizeit

Die Strategie der Bundes- und Landesregierung für den zweiten Lockdown geht von der Prämisse aus, dass weiter gearbeitet werden soll und die Kontaktbeschränkungen sich fast ausschließlich auf den privaten und Freizeit-Bereich beziehen. Dies folgt, wie bereits auch viele Maßnahmen im Frühjahr – einer Verwertungslogik, die suggeriert, dass Arbeit so wichtig ist, dass Kontaktisiken dort in Kauf genommen werden müssen, währenddessen private Kontakte zur Eindämmung der Pandemie zu opfern sind. DIE LINKE widerspricht dieser Logik und fordert gleiche Kriterien für die Kontaktbeschränkungen für Arbeit und Schule einerseits und für Freizeit andererseits.

Ausfinanzierung der Krankenhäuser sowie ambulanten Pflege

Noch immer wird in Sachsen-Anhalt über die Schließung von Krankenhausbereichen diskutiert, noch immer kämpfen Beschäftigte um grundlegende Arbeitnehmer*innen-Rechte, zum Beispiel in den Aneos-Kliniken. Spätestens jetzt, angesichts der zweiten Corona-Welle, muss auch der Kenia-Koalition klar sein, dass eine ausdrückliche Stärkung der stationären Gesundheitsversorgung – inklusive eines Investitionsprogrammes – unabdingbar ist.

Konsequente Einhaltung der AHA-Regeln, Überprüfung, aber keine Kollektivstrafen

Einer der großen Fehler der Pandemie-Strategie der Landesregierung war bisher die mangelnde Konsequenz bei Verstößen gegen die AHA-Regeln wie beispielsweise das fehlende Bußgeld für Maskenverweigerer und der auf der anderen Seite überzogenen und vom Gericht gekippten Kollektivstrafen für bestimmte Branchen wie dem Beherbergungsverbot. Diese Fehler dürfen in den folgenden Wochen nicht fortgesetzt werden. Deswegen spricht sich die Fraktion DIE LINKE gegen die generelle Schließung aller Einrichtungen im Gaststätten- und



Landtagsfraktion; Foto: privat

Beherbergungsbereich aus.

Vielmehr verlangen wir die Umsetzung einer Strategie zur Öffnung gastronomischer Einrichtungen, wie zum Beispiel zum Herrentag 2020. Die Landesregierung muss sofort realistische und nachvollziehbare Hygiene-Kriterien für diesen Bereich festlegen, die von kommunalen Verwaltungen für jede einzelne Einrichtung in den nächsten Tagen geprüft und genehmigt werden können. Damit belohnen wir ausdrücklich diejenigen, die bereits in den letzten Wochen gute Hygienekonzepte entwickelt und umgesetzt haben.

Schulen nicht alleine lassen, digitale Technik muss sofort beschafft werden

Leider müssen wir feststellen, dass vor allem im Bildungsbereich die letzten Monate faktisch ungenutzt verstrichen sind. Das Bildungsministerium delegiert den Umgang mit der Corona-Pandemie auf die kommunale Ebene und einzelne Bildungseinrichtungen, ohne die eigenen Hausaufgaben zu machen. Vor dem Hintergrund des schleppenden Abflusses der bereitgestellten Bundesmittel fordert DIE LINKE ein sofortiges Landesprogramm zur Ausstattung von Schulen, Lehrer*innen und Schüler*innen mit digitaler Technik.

Sowohl für den gesamten Bereich der Kinderbetreuung, Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen, als auch den Krankenhäusern und stationären Pflegebereichen fordern wir ein spezifisches Landesprogramm für die Anschaffung von wirksamen Luftfilteranlagen zur Reduzierung der Virenbelastung in geschlossenen Räumen. Darüber hinaus benötigen wir eine landesfinanzierte Teststrategie für Personen, die in den Bereichen Pädagogik, Medizin und Pflege arbeiten. Nur die regelmäßige und symptomfreie Testung, der dort arbeitenden Personen kann verhindern, dass sich in diesem

Bereich große Infektionsherde entwickeln.

Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten

Eine ähnliche Gefahr besteht bei großen Sammelunterkünften für Geflüchtete. Deshalb ist es unabdingbar notwendig, sofort die dezentrale Unterbringung aller Personen in die Wege zu leiten, die sich jetzt noch in Landeserstaufnahmeeinrichtungen befinden. Dabei sollen Familie und Paare gemeinsam untergebracht werden.

Finanzielle Hilfen für Unternehmen, Soloselbstständige und Studierende

Für alle Bereiche, die trotz entsprechender Anstrengungen keine Chance auf wirtschaftliche Betätigung haben, benötigen wir endlich unbürokratische und wirksame Soforthilfen. Die Landesregierung wartet jetzt seit über einem halben Jahr auf eine Grundsicherung für Soloselbstständige und Unternehmer*innen, ohne wirklich wirksam zu werden. Die Fraktion DIE LINKE fordert sofort ein entsprechendes Landesprogramm. Gerade diese Personengruppen wurden bisher in völlig unakzeptabler Art und Weise vertröstet und im Stich gelassen. Außerdem muss für alle Studierenden, die durch die Folgen der Pandemie ihre Beschäftigung verloren haben, ein Sozialfonds eingerichtet werden, der ihnen die Weiterführung ihres Studiums ermöglicht.

Vorlage eines Nachtragshaushaltes

Die Fraktion DIE LINKE wiederholt ihre Forderungen nach der Vorlage eines Nachtragshaushaltes durch die Landesregierung, um die notwendigen Ausgaben zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie finanziell zu unterstützen.“

Fortsetzung von Seite 1

Regionalmitarbeiter Rainer Zühlke unterstützt, jederzeit freundlich, aber immer auch verbindlich. Hier die Wahlergebnisse:

Wahl der Vertreter*innen für die Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2021
Dirlich, Sabine; Beier, Christa; Görke, Bianca; Koblichke, Regina; Rehmann, Elke; Claus, Roland; Lemmert, Jörg; Behm, Alexander; Magenheimer, Klaus; Schneidewind, Andreas

Wahl der Vertreter*innen für die

Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Koblichke, Regina; Dirlich, Sabine; Beier, Christa; Görke, Bianca; Rehmann, Elke; Lemmert, Jörg; Claus, Roland; Magenheimer, Klaus; Schneidewind, Andreas; Behm, Alexander

Der Autor dieses Beitrages hat öffentlich bekundet, dass er die Arbeit der beiden Kreisvorsitzenden sehr gut findet, sie nun nicht mehr als „die Neuen“ gelten. Und was noch zu

bessern ist, erklären wir uns selbst und ohne Zeitung. Mit meinem Lob für Henriette und Jörg blieb ich zum Glück nicht allein.

Das Team vom Kurhaus war samt Catering erneut ein sehr guter Gastgeber. DIE LINKE sagt Danke!

Roland Claus, DIE LINKE ELSALAND

Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung im Oktober

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ein Jahr nach Halle - erinnern und handeln!

Anlässlich des ersten Jahrestages des antisemitisch und rassistisch motivierten Anschlages gegen die jüdische Gemeinde in Halle (Saale) fand auf der Landtagssitzung eine aktuelle Debatte unter dem Titel „Ein Jahr nach Halle – erinnern und handeln!“ statt. Für DIE LINKE sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva von Angern: „Der Anschlag auf die Synagoge in Halle geschah nicht völlig überraschend oder unvermittelt, wie dies so viele Politikerinnen und Politiker gern behaupten. MP Haseloff erklärte am ersten Gedenktag im MDR, ‚dieser Tag habe alles verändert in Sachsen-Anhalt‘. Ich widerspreche Ihnen ausdrücklich!“, und setzte fort: „Der Anschlag auf die Synagoge in Halle ist das Resultat einer immer weiter nach rechts rückenden Gesellschaft, in der viel zu oft nicht eingeschritten und weggeschaut wird, wenn sich Antisemitismus oder Rassismus im alltäglichen Leben ausbreiten. Wir verzeichnen ein Erstarken antisemitischer Gewalt. Eine Gewalt, die heute nicht mehr nur von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt.“

Der 9. Oktober 2020 sei ein Tag der Mahnung und Erinnerung, ein Tag der Solidarität mit den Betroffenen des Attentats. „Wir wollen am heutigen Tag der Opfer und ihrer Angehörigen und Freunde sowie der Überlebenden dieses schrecklichen Attentates gedenken und wünschen ihnen viel Kraft das Unfassbare zu verarbeiten. Ihnen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir wollen erreichen, dass im Mittelpunkt allein die Betroffenen, ihre Namen und ihre Schicksale stehen und nicht der Name des Täters.“, erklärte Eva von Angern weiter und sie warf Ministerpräsident Haseloff sowie Innenminister Stahlknecht angesichts ihrer unsensiblen Äußerungen Totalversagen vor.

Streik im öffentlichen Dienst – Der Zwang zum Arbeitskampf ist ein Armutszeugnis!

Beschäftigte im öffentlichen Dienst leisten mit ihrer Arbeit täglich einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität, zu Chancengleichheit, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Entwicklung in unserer Gesellschaft. Gerade während der Corona-Pandemie haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit ihrem Einsatz dafür gesorgt, dass zentrale Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens weiter

funktionierten und auf hohem Niveau gesichert werden konnten. Dafür wurden sie beklatscht und ihre Arbeit wurde als systemrelevant anerkannt.

Spätestens jetzt für die laufende Tarifrunde der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen sei die Stunde der Wahrheit gekommen, sagte der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann. „Die öffentliche Anerkennung für die Kolleginnen und Kollegen an der vordersten Corona-Front war wichtig und sie haben sie wirklich mehr als verdient. Aber die Beschäftigten erwarten auch, dass sie diese Wertschätzung nicht nur verbal, sondern auch in ihrem Portemonnaie verdienen.“ Die Gewerkschaften hätten den kommunalen Arbeitgebern vorgeschlagen, sich für die Laufzeit von einem halben Jahr auf eine Einmalzahlung für alle Beschäftigten zu einigen. Dagegen wollten die kommunalen Arbeitgeber eine Nullrunde durchsetzen.

„Doch das bedeutet nichts anderes, als dass gerade die Helden der Krise jetzt für die Kosten der Krise bezahlen sollen. Das ist das Gegenteil von Wertschätzung, das ist Ignoranz und Missachtung.“, so Lippmann weiter. Den Arbeitskampf in Corona-Zeiten hätten nicht die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften zu verantworten, sondern die kommunalen Arbeitgeber. Es brauche endlich der Debatte, wer für die finanziellen Folgen der Corona-Hilfsmaßnahmen und für die erwarteten Einnahmeausfälle eintreten müsse. „Denn natürlich fällt es den kommunalen Arbeitgebern nicht leicht, ein vernünftiges und angemessenes Tarifangebot auf den Verhandlungstisch zu legen, wenn sie damit rechnen müssen, dass ihnen eine neue Verschuldungs- und Konsolidierungswelle ins Haus steht. Natürlich verweisen die Kommunen zu Recht auf ihre klammen Kassen. Die Kommunen können keine Ausgaben mehr kürzen und kein Personal mehr abbauen, um Tarifsteigerungen zu kompensieren.“

Und dennoch so lautet die Forderung der Linken: „Die kommunalen Beschäftigten müssen ordentlich bezahlt werden, gerade jetzt in der Krise. Dafür muss die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessert werden. Man kann die berechtigten Forderungen der Beschäftigten nicht mehr weiter gegen die Finanznot der Kommunen ausspielen. Das ist viele Jahre lang genau so gelaufen, damit

muss Schluss sein.“

Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt hat mit dem Endlager für schwach radioaktive Abfälle in Morsleben bereits einen erheblichen Anteil an der Bewältigung der radioaktiven Erblast der gesamten Bundesrepublik beigetragen. Darüber hinaus leisten die Einwohner*innen einen hohen Anteil beim Umbau des Leitungsnetzes hin zu alternativen bzw. dezentralen Energieproduktionen. Vor diesem Hintergrund spricht sich die Fraktion DIE LINKE gegen ein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt aus und unterstreicht die politische Dimension einer künftigen Entscheidung zu atomaren Endlagern.

Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange argumentierte in Anbetracht des nun vorliegenden Zwischenberichtes: „Wir sehen als LINKE durchaus den wissenschaftlichen Aspekt und respektieren ihn auch. Die letztendlichen Entscheidungen sind aber politische. Und darum ist unser Antrag absolut legitim.“ Und er führte weiter aus: „Wenn bei gleicher Eignung von Gebieten ein weiteres Ausschlusskriterium die Bevölkerungsdichte ist und wenn politisch beurteilt wird, wo eventuell mit mehr Widerstand (und somit mit dem Verlust von Wählerstimmen) zu rechnen ist, kommen halt schnell Kriterien ins Spiel, die den Osten in den Fokus rücken. Ganz gravierend wird es, wenn es um die Höhe der Entschädigung geht. Wenn dann eine Fläche in der Altmark mit einem Gebiet beispielsweise in der Nähe des Starnberger Sees bewertet wird, steht schnell zu befürchten, dass bei der Unterdeckung des KENFOs* die Fläche bevorzugt wird, wo weniger Entschädigung gezahlt werden muss.“

Vor dem Hintergrund, dass das Land Sachsen-Anhalt jetzt bereits Zielland von Müllexporten in erheblichem Ausmaß ist, sei es nicht zu akzeptieren, dass im Osten Deutschlands weniger als drei Prozent des gesamtdeutschen Atomstroms produziert worden seien, aber am Ende Sachsen-Anhalt möglicherweise 100 Prozent der atomaren Erblast der Bundesrepublik Deutschland zu tragen hätte.

* Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung [Anm. K. Eisenreich]

LINKE Ortsversammlung in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender

Zur Wahl der 8 Vertreterinnen und Vertreter zur Nominierungsveranstaltung für den Bundestagswahlkreis 71 am 10.11. in Weißandt-Görlau, trafen sich die Mitglieder des Ortsverbandes zu ihrer Mitgliederversammlung am 8. Oktober.

Im Bericht des Vorstandes zog der Ortsvorsitzende Klaus Magenheimer eine Bilanz der Arbeit im abgelaufenen Jahr. Los ging es mit dem Arbeitsfrühstück der „Aktiven“ zur Aufstellung des Arbeitsplanes 2020. Erster Höhepunkt war der LINKE-Politstammtisch mit dem Landesvorsitzenden Stefan Gebhard. Wenige Tage danach folgte die traditionelle Mahn- und Gedenkveranstaltung zu Ehren der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Der alljährliche „Alternative Neujahrsempfang“ am Benneckschen Hof wurde zu zahlreichen Gesprächen genutzt. Die traditionelle Winterfütterung im Tierpark der Lebenshilfe und die Verlängerung der Tierpatenschaft sorgten für gute Resonanz bei jung und alt. Der Internationale Frauentag wurde genutzt zur Verteilung von Blumen und am Nachmittag trafen wir uns mit Frauen in der Bege-

nungsstätte der Volkssolidarität zu Kaffee, Kuchen und Musik.

Dann kam Corona und legte unsere politischen Aktivitäten weitestgehend lahm. Kein 1. Mai und kein Salzlandfest fanden statt. Den 8. Mai den „Tag der Befreiung“ begingen wir mit einer öffentlichen Gedenk- und Mahnveranstaltung an der Gedenkstätte in Löderburg. Die Arbeit des Ortsverbandes und seines Vorstandes fand per Mail oder Telefon statt. Nur wenige persönliche Begegnungen gab es. Den Jubilaren dieser Zeit wurden dennoch herzliche Geburtstagsgrüße übermittelt. Erst im Juli kam es zu Aktionen im Vorstand und in der Öffentlichkeit. Informationsstände und Unterschriftensammlungen führten einige Mitglieder wieder zusammen. Wertvoll für die öffentliche Wahrnehmung war auch das Auftreten von Jan Korte und seiner Wahlkreismitarbeiter bei den Veranstaltungen in Staßfurt und Egel. Dafür bedankt sich der Vorstand herzlich.

Höhepunkt der letzten Wochen war die Durchführung der Gedenkveranstaltung am 1. September. Würdige Redebeiträge von Bianca Görke und Siegfried Mahlfeld, die vom

Staßfurter Künstler Walter Richter gestaltete Friedenstaube und der Start von Friedenstauben, bereitgestellt vom Züchter Rolf Funda, schufen ein denkwürdiges Ereignis. Im Namen des Vorstandes bedankte sich der Ortsvorsitzende bei Angelika Flügel, Sybille Göldner, Gerhard Wiest, Karl-Heinz Klix und Stefan Deutschmann. Besonders würdigte er den Einsatz von Franz Meier. Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Senioren“ bemühte er sich um die monatlichen Treffs, um einer politischen Vereinsamung entgegenzuwirken.

Nach einer abwechslungsreichen Aussprache wurden in geheimer Wahl Gudrun Klauß, Bianca Görke, Barbara Magenheimer, Siegfried Mahlfeld, Thorald Windt, Alexander Behm, Franz Meier und Klaus Magenheimer als Vertreter*innen des Ortsverbandes gewählt.

Die nächste Mitgliederversammlung im Dezember wird durchgeführt, um die Wahlkreis кандидatur für den Landtagswahlkreis Staßfurt, Hecklingen und Egelner-Mulde zu beschließen. Dafür gibt es mit Bianca Görke schon eine öffentlich bekundete Bewerbung.

Eva von Angern als Direktkandidatin für den Landtag gewählt

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE ELSALAND

Am 12. Oktober fand im Saal der Stadtwerke Schönebeck die Nominierung der Direktkandidatin zur Landtagswahl im Juni 2021 für die Partei DIE LINKE statt. Die wahlberechtigten Mitglieder aus Schönebeck, Calbe, Barby und Bördeland wählten die Landtagsabgeordnete Eva von Angern mit 100 % zu ihrer Direktkandidatin. Eine Gegenkandidatur gab es nicht. Vor der Wahl stellte sich die Kandidatin ausführlich vor. Sie begründete ihre Entscheidung für den Wahlkreis Schönebeck vor allem mit der stärkeren Zuwendung ihrer Partei und Fraktion zu den ländlich geprägten Regionen.



Eva von Angern bei der Wahlkreisversammlung in Schönebeck; Foto: privat

Bereits am Sonntag zuvor hatte ein Landesparteitag der LINKEN Eva von Angern als Spitzenkandidatin zur Landtagswahl nominiert. Abschließend wird darüber bei den LINKEN erst Ende Januar entschieden.

Die Landtagsabgeordnete traf sich im Anschluss an die Wahlveranstaltung bei einem kleinen Begegnungsempfang mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Vereinen und Institutionen aus Schönebeck und Umgebung. Bei dieser Begegnung nutzte Eva von Angern die Gelegenheit, dem wiedergewählten Oberbürgermeister Bert Knoblauch zu gratulieren.

Staßfurter Stadtratsfraktion unterstützt Kindertagesstätte

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender

Die kommunale Kindertagesstätte „Zwergenland“ in Löderburg, in der durchschnittlich 150 Kinder aus allen sozialen Schichten betreut werden, begeht in diesem Jahr ihren 50. Geburtstag. Als Höhepunkt war der „Tag der Naturwissenschaften“ mit 10 verschiedenen Workshops geplant. Zur finanziellen Absicherung suchten die Leitung und der Förderverein Verbündete. Unsere Fraktion hat in der Vergangenheit schon öfter durch Spenden aus dem Solidarfonds der Kita zur Seite gestanden. Für die Gestaltung der erlebnisreichen Tage



Pflanzaktion bei der Kita Zwergenland; Foto: privat

beschlossen wir die Übergabe einer Spende in Höhe von 150 EURO. Coronabedingt kam jedoch alles anders: In Abstimmung mit der Fraktion, der auch der Fördervereinsvorsitzende Carsten Fütterer angehört, wurden nun für dieses Geld 3 Bäume gekauft. Im Beisein des Fraktionsvorsitzenden und der Kita-Leiterin Frau Beate Koch wurden am 5. November diese Bäume in die Erde gebracht. Mit großer Begeisterung und Eifer waren 3 Kinder dabei, mit Schaufeln das Pflanzloch zu füllen und anschließend tüchtig zu wässern.

75. Jahrestag der Nürnberger Prozesse

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Zu Recht wurden und werden die Nürnberger Prozesse vor dem Internationalen Militärtribunal (IMT) gegen die obersten Vertreter des NS-Staates, die man hatte festsetzen können, weltweit als wegweisend angesehen. In den insgesamt 13 Verfahren, die zwischen dem 20. November 1945 und dem 14. April 1949 im Justizpalast Nürnberg geführt wurden, gelang es erstmals, staatliche Verbrechen mit den Mitteln des Rechts zu bewerten und zu sühnen.

Die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen begann indes schon mitten im Krieg. Großbritannien, die USA und die Sowjetunion bekräftigten bereits in ihrer Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943 NS-Verbrecher zur Verantwortung ziehen zu wollen. Deutsche, die in einem besetzten Land Verbrechen begangen hatten, sollten ausgeliefert und nach dort geltendem Recht verurteilt werden. Die Hauptverbrecher aber, deren Verbrechen nicht einem bestimmten Land zugeordnet werden konnten, sollten nach einer noch zu fällenden gemeinsamen Entscheidung der Alliierten bestraft werden. Die Alliierten sahen die rechtstaatliche Abrechnung mit dem NS-Staat als notwendige Voraussetzung für den endgültigen Bruch mit der Diktatur und zur demokratischen Neubegründung einer Nachkriegsordnung in Deutschland. In deren Zentrum sollten die vier großen „D“ stehen: Denazifizierung, Demokratisierung, Dekartellisierung und Demilitarisierung.

Im Londoner Statut von 1945 wurden, neben der Verfolgung von Kriegsverbrechen, auch zwei neue Strafnormen des Völkerrechts etabliert: Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Weiteren wurden Amtspersonen als strafrechtlich verantwortlich definiert und damit Einzelpersonen (neben Staaten) als Subjekte des Völkerrechts zugelassen. Auch die Ausführung von Befehlen sollte nicht per se Straffreiheit sichern, konnte aber strafmildernd Berücksichtigung finden.

Die Strafverfolgung weiterer Kriegsverbrecher sollte von den Militärgerichten der vier Besatzungsmächte in Deutschland durchgeführt werden. Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 über die Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, schuf dazu eine einheitliche Rechtsgrundlage. Unter Kriegsverbrechen wurden Delikte verstanden, die bereits in den Haager Abkommen vor dem Ersten Weltkrieg definiert worden waren: Tötung oder Misshandlung von Kriegsgefangenen, Hinrichtung von Geiseln, Verschleppung zur Zwangsarbeit, etc. Unter Verbrechen gegen die Menschlichkeit fielen vor allem die Verfolgung und Vernichtung der Juden und die Vernichtung „unwerten“ Lebens, also Tötungsdelikte, die in allen zivilisierten Staaten verfolgt wurden. Unter Verbrechen gegen den Frieden wurde der Angriffskrieg verstanden, ein bis zu diesem Zeitpunkt nicht codifiziertes Delikt.

Die Alliierten beauftragten verschiedene Kommandos zur Sicherung von Beweisdokumenten, die Unmengen an Belastungsmaterial über

die faschistischen Verbrechen zusammentrugten, so dass die Anklage in Nürnberg auf Tausende sichergestellte und aufgefundene Dokumente zurückgreifen konnte. Das vorgelegte Material war so umfangreich, dass die nach Abschluss des Verfahrens in Druckform erschienene Prozessdokumentation selbst in 42 Bänden nicht alle vorgelegten Dokumente aufnehmen konnte. Mit den Filmaufnahmen aus den befreiten Konzentrationslagern wurden zudem das erste Mal Dokumentarfilme als Beweismittel eingesetzt.

Das erste und mit Abstand berühmteste Verfahren, das vom 20.11.1945 bis zum 1.10.1946 geführt wurde, richtete sich gegen die deutsche Partei- und Staatsführung. Nachdem sich Adolf Hitler, Joseph Goebbels und Heinrich Himmler durch Selbstmord der Verantwortung entzogen hatten, waren in diesem Hauptverfahren 24 Personen angeklagt, darunter Hermann Göring, Rudolf Heß, Hans Frank und Karl Dönitz. Letztlich saßen nur 21 davon auf der Anklagebank, denn gegen Martin Bormann, den Stellvertreter Hitlers, wurde in Abwesenheit verhandelt, das Verfahren gegen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach wurde wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt, Robert Ley, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und ehemalige Führer der Deutschen Arbeitsfront, hatte bereits vor Prozessbeginn Selbstmord begangen.

Am 1. Oktober 1946 verkündeten die Richter das Strafmaß der Urteile: Neben zwölf Todesurteilen gegen Herrmann Göring, Joachim von Ribbentrop, Hans Frank, Arthur Seyß-Inquart, Martin Bormann, Alfred Rosenberg, Julius Streicher, Wilhelm Keitel, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Fritz Sauckel wurden sieben Haftstrafen unterschiedlicher Dauer verhängt: Rudolf Heß, Erich Reader, Walther Funk (alle lebenslänglich), Baldur von Schirach und Albert Speer (20 Jahre), Konstantin von Neurath (15 Jahre), Karl Dönitz (10 Jahre). Mit Franz von Papen, Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht und Hans Fritzsche, dem Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium, wurden drei der Angeklagten freigesprochen.

In Anschluss an den Hauptprozess fanden 1946-49 zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse vor amerikanischen Militärgerichten gegen 177 hochrangige Mediziner, Juristen, Industrielle, SS- und Polizeiführer, Militär, Beamte und Diplomaten statt. Die Verfahren belegen, in welchem Ausmaß die deutsche Führungsschicht zum Machtsystem der NS-Gewaltherrschaft beigetragen hatte. Von den 177 Angeklagten wurden 24 zum Tode verurteilt, 20 zu lebenslanger Haft und 98 zu teilweise langjährigen Freiheitsstrafen. 25 Angeklagte wurden freigesprochen. Von den 24 Todesurteilen wurden 13 vollstreckt.

Neben der strafrechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen leisteten vor allem die sogenannten Nachfolgeprozesse gegen die Funktionseliten des ‚Dritten Reiches‘ einen frühen, einflussreichen Versuch, zu einer historischen Analyse des NS-Staates zu gelangen. Aufbauend auf Untersuchungen deutscher Emigranten und alliierter Geheim-

dienste fand in der Konzeption eine politik- und sozialwissenschaftlich informierte Interpretation Ausdruck, die historische Verantwortung nicht einer kleinen Clique ideologischer Überzeugungstäter, sondern breiten gesellschaftlichen Trägergruppen zuwies. Trotzdem wurde die Entnazifizierungspolitik, besonders der Westalliierten, übereilt abgebrochen, die Internierungslager in der Folge aufgelöst. Grund dafür war der beginnende Kalte Krieg, in dem Westdeutschland als Frontstaat eingebunden werden sollte, womit die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zugunsten einer neuen Feindstellung gegen den Kommunismus weitgehend aufgegeben wurde. Die Politik änderte sich im Kalten Krieg in Richtung eines Rehabilitierungskurses. Im Verlauf der 1950er Jahre waren fast alle Verurteilten der 13. Nürnberger Prozesse wieder auf freiem Fuß.

Als die Besatzungsmächte sich zurückzogen, war nur ein Teil derjenigen NS-Massenverbrechen strafrechtlich abgeurteilt worden, für die sie die Gerichtsbarkeit an sich gezogen hatten. Ab 1950 wurde das Kontrollratsgesetz Nr. 10 in der Bundesrepublik mit den enthaltenen neuen völkerrechtlichen Tatbeständen nicht mehr angewendet.

Von Politik und Öffentlichkeit der Bundesrepublik wurden die Prozesse in den fünfziger Jahren vor allem als „Siegerjustiz“ diffamiert. Es fand eine weitgehende Solidarisierung mit den verurteilten Tätern statt und die frühe Gesetzgebung der Bundesrepublik zielte insbesondere auf eine Amnestierung der verurteilten Täter bzw. ein Ende der juristischen Aufarbeitung (vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit). So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, das Urteil gegen Alfred Jodl 1953 von einem deutschen Gericht aufgehoben. Begründet wurde dies mit dem so genannten „Rückwirkungsverbot“, nachdem Taten nicht verurteilt werden dürfen, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung noch nicht strafbar sind. Mit dem Ex-post-facto-Argument weigerten sich die Bundesregierungen jahrzehntelang, die Nürnberger Urteile als Recht anzuerkennen.

Dies ist heute zum Glück nicht mehr so. Die Einschätzung, dass die Nürnberger Prozesse für die Rechtsgeschichte aber auch für das Wissen um die Verbrechen des deutschen Faschismus einen entscheidenden Beitrag geleistet haben, ist heute weitestgehend unbestritten. Erstmals wurden die Vertreter eines souveränen Staates für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen, wodurch dem Prinzip, dass es für einen Kernbestand von Verbrechen keine Immunität geben darf, zum Durchbruch verholfen wurde. Umso mehr überrascht es, dass die Nürnberger Prozesse bislang nur fragmentarisch als Forschungsgegenstand eigenen Rechts Beachtung gefunden und die vorhandenen Monographien sich vor allem auf das Verfahren gegen die verbliebene Regimespitze vor dem IMT konzentriert haben. So fehlen für die überwiegende Zahl der Nachfolgeprozesse empirisch gesättigte Untersuchungen fast vollständig. Es bleibt also noch einiges zu tun.

Jan Korte: „Superreiche für das Gemeinwesen in die Pflicht nehmen!“

MdB Jan Korte



Jan Korte; Foto: privat

„Ich kann vor Ort in Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Köthen, Staßfurt und Zerbst keinem Bürger erklären, warum für Dorfgemeinschaftshäuser, Bibliotheken und Schwimmbäder angeblich kein Geld mehr vorhanden sei, während die Superreichen in diesem Land immer reicher werden und keinen Beitrag zur Bewältigung der Coronakrise leisten.“

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie schlagen große Lücken in die Kommunalfinzenzen. Das treibt Landräten, Bürgermeistern, Kreis- und Gemeinderäten im Zuge der nun vielerorts bevorstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 die Sorgenfalten auf die Stirn. Aktuell gehen die kommunalen Spitzenverbände für das kommende Jahr von einer Finanzierungslücke von bundesweit 10 Milliarden Euro aus.

Im Wissen um die klammen Kassen in Anhalt-Bitterfeld und im Salzlandkreis warnt der anhaltische LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte vor einem Kahlschlag in der öffentlichen Infrastruktur sowie der sozialen und kulturellen Lebensqualität in den Dörfern und Städten seines Wahlkreises. So fordert der Linkspolitiker eine Vermögensabgabe von Millionären und Milliardären, deren Vermögen in der Krise vielfach sogar noch gewachsen sind.

So rechnet Korte mit Einnahmen von 310 Milliarden Euro, mit denen sich die Finanzlücken der Kommunen schließen ließen und notwendige Investitionen in Kitas, Schulen, Straßen sowie bessere Bus- und Bahnverbindungen vorangetrieben werden könnten.

„Ich kann vor Ort in Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Köthen, Staßfurt und Zerbst keinem Bürger erklären, warum für Dorfgemeinschaftshäuser, Bibliotheken und Schwimmbäder angeblich kein Geld mehr vorhanden sei, während die Superreichen in diesem Land immer reicher werden und keinen Beitrag zur Bewältigung der Coronakrise leisten.“

Zum Hintergrund: Das von der Fraktion DIE LINKE favorisierte Modell würde die oberen 0,7 Prozent mit einem privaten Nettovermögen von zwei Millionen Euro bzw. fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen mit einer einmaligen Abgabe belasten. Die Abgabe soll linear progressiv auf 30 Prozent ab 100 Millionen Euro aufwachsen. Diese einmalige Abgabe wäre über einen Zeitraum von 20 Jahren zu tilgen.

Eine solche moderate Abgabe würde auch einer dauerhaften Vermögenssteuer für Mega-Reiche nicht im Wege stehen. Die in dem von der Fraktion DIE LINKE favorisierten Modell geschätzten Einnahmen von 310 Milliarden Euro gingen an den Bund und sollen einen Beitrag zur Entschuldung und finanziellen Stärkung von Ländern und Kommunen leisten.

Gemeinsam statt gegeneinander - Ortschaftsratsitzung in Pobzig

Mathias Henning-Kersten, DIE LINKE im Stadtrat Nienburg (Saale)

Heute Abend fand in Pobzig im Rahmen der Ortschaftsratsitzung die Wahl des neuen Ortsbürgermeisters statt. Da die Wählergemeinschaft BoGraPo die Mehrheit im Ortschaftsrat innehat, war das Ergebnis vorhersehbar. Viel interessanter und vor allem viel erschreckender waren allerdings die während der Einwohnerfragestunde vorgebrachten Äußerungen der Einwohner. Es ist so unfassbar traurig zu sehen bzw. zu hören, wie tief gespalten diese wunderschöne Ortschaft offenbar ist.

Es gibt zwei Lager die fast gleich groß sind und wo zwischenmenschlich fast alle Krüge zerbrochen sind. Zum einen die unglaublich engagierten Bürger rund um den Heimatverein mit dem ehemaligen Ortsbürgermeister Weißborn an der Spitze, die es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft haben vor allem die wunderschöne Alte Bäckerei, weit über Nienburg hinaus bekannt, mit Leben zu erfüllen. Ein wahres Schmuckstück ist dort entstanden. Zum anderen die relativ junge Wählergemeinschaft BoGraPo, einem tollen Bündnis aus relativ jungen Bürgern, welches ebenso motiviert wie der Heimatverein für das ortschaftliche Leben eintritt. Es wäre unfair sich auf eine der beiden Sei-



Stadtratsmitglied Mathias Henning-Kersten; Foto: privat

ten schlagen zu wollen, haben doch alle Projekte ihre Berechtigung und ihren Wert. Zeigt sich durch dieses ehrenamtliche Engagement doch ganz genau, wie wichtig den Einwohnern ihre Ortschaft ist und dass sie eben für das gesellschaftliche Leben in ihren Dörfern kämpfen. Es bringt allerdings niemandem irgendetwas sich gegenseitig so zu bekämpfen, außer negative Gefühle und persönlichen Kummer. Man reibt sich auf, obwohl man letztlich ein ähnliches Ziel

verfolgt. Nämlich die Stärkung des dörflichen Lebens.

Trotz der desolaten Haushaltslage der Einheitsgemeinde und der daraus folgenden Sparzwänge wird dort mit hingebungsvoller ehrenamtlicher Tätigkeit versucht das Dorf nicht völlig aussterben zu lassen. Wie schwer dies mitunter sein kann, wenn es keine Kita, keine Verwaltung und keinen wirklich bedeutsamen Ortschaftsrat mehr gibt, kann man sich vorstellen. Man sollte als Verwaltung mit allen Mitteln versuchen, die so wichtige Dorfgemeinschaft zu befrieden. Und das funktioniert eben nicht durch das Herunterbeten von Paragraphen und unverständlichem Zahlenwerk. Eine Einwohnerin sprach davon, dass wir doch alle vernünftige und erwachsene Menschen sind, die zu jeder Zeit miteinander reden können. Dann sollte man das einfach machen. Mit Respekt und Wertschätzung für die Leistungen des jeweils anderen und auch mit der Bereitschaft sich neuen Ideen zu öffnen. Miteinander statt nebeneinander. Und noch besser, miteinander statt gegeneinander, für diese wunderschönen Ortsteile Borgesdorf, Gramsdorf und Pobzig. Sie und ihre Menschen sind es mehr als wert.

Die DDR und die Internationale Friedensfahrt – Vorwort zur neuen Reihe

Uwe Käthner, DIE LINKE Bernburg



Friedensfahrt durch Gera,
Bundesarchiv_Bild_183-1987-0512-035

Millionen von begeisterten Zuschauern umsäumten alljährlich im Mai in der CSSR, in Polen und in der DDR die Straßen und Zielankünfte, an denen die Friedensfahrt vorbei ging. „Die Idee des Friedens ist unsterblich“ sagte einst Heinrich Mann. „Die Friedensfahrt erwarb sich viele gediegene Prädikate, gesiegelte und solche, die als Loblied von Mund zu Mund eilten. Die Friedensfahrt hat von ihrer Geburtsstunde an nie geleugnet, dass sie sich als Werbung zum Ziel gesetzt hatte: das höchste Gut der Menschheit, den Frieden zu preisen und seine Verteidigung zu popularisieren“ (Klaus Ullrich). Der berühmte Maler Pablo Picasso schuf 1947 seine Friedenstaube, die zum Symbol auf den Trikots der in den verschiedensten Wertungen führenden Fahrer wurde. Die Menschen im Ostteil von Deutschland können nichts dafür, dass Deutschland 45 Jahre geteilt war, aber von Anfang an bis heute werden sie zweit-

klassig behandelt. Nach Ende des 2. Weltkrieges konnte noch keiner beurteilen welcher deutsche Teil der bessere sein werde. Beide beanspruchten dies für sich. Reparationszahlungen an die UdSSR sowie der Marshallplan der USA machten die Ausgangslage für die ostdeutschen Menschen deutlich ungüns-

tiger. Für die Menschen im Westen war der WM-Sieg 1954 im Fußball die Wiederauferstehung, für die Menschen in der DDR war es neben anderen Sportveranstaltungen vor allem die Friedensfahrt. Die Friedensfahrt wurde von den westlichen Ländern gern als politische Aktion herab gewürdigt. Dem ist nicht so, die Begeisterung war echt und für viele westliche Sportler war die Friedensfahrt ein Sprungbrett in eine Profi-Laufbahn. Keine Zuschauer waren zum Jubeln gezwungen, es war alles echt und der Jubel über Erfolge gewaltig. Als die DDR eine eigene Mannschaft an den Start bringen durfte, war die Begeisterung besonders groß. In den nächsten Ausgaben der LINKEN Zeitung soll ein Blick auf die Geschichte der Friedensfahrt geworfen werden, beginnend mit den ersten Jahren (1948-1951), die Thema in der Dezember-Ausgabe sein werden.

Frieden schaffen, aber ohne Waffen!

Walter Richter, Lothar Messerschmidt, Karl-Heinz Klix

Der Klimawandel, die Corona-Pandemie und der normale Menschenverstand gebieten uns gerade jetzt über Krieg und Frieden nachzudenken. Die Kriege, besonders die beiden letzten 1914 und 1939, waren doch unbestritten die größten Umweltzerstörer und Menschenvernichter. Dazu kamen später die Atombomben-Versuche, die für Mensch und Umwelt katastrophale Auswirkungen hatten und noch haben. Die Bibel fordert uns auf in Micha 4.3 und in Jesaja 2.4, also an mindestens zwei Stellen, direkt und eindringlich, die Schwerter zu Pflugscharen und die Speere zu Winzermessern zu machen und den Krieg nicht mehr zu lernen.

Wir, die Mitglieder der Bewegung „STASSFURTER WEG“, haben über das Problem „Krieg und Frieden“ nachgedacht und mit vielen Menschen darüber gesprochen. Der Staßfurter Maler und Grafiker Walter Richter hat im April 2020 und anlässlich des Weltfriedentages am 1. September 2020, eine Friedenstaube nach Pablo Picasso unter der Gedenktafel für die Staßfurter Kommunisten,



Walter Richter zeichnet die Friedenstaube am Benneckschen Hof; Foto: privat

am Eingang zum Staßfurter Wochenmarkt, gezeichnet. Wir alle sind zu der Einsicht gelangt, man kann nur Frieden schaffen ohne Waffen. Deshalb ist es an der Zeit, dass keine Waffen mehr hergestellt werden. Die dadurch frei gewordenen Mittel können dann u. a. für mehr Pflegepersonal, für mehr Lehrer, zur Beseitigung der Kinder- und Altersarmut eingesetzt werden.

Deshalb unser gemeinsamer Appell an alle Menschen der ganzen Welt: Lasst uns das Gemeinsame suchen und das Trennende zunächst vergessen! Ein gemeinsames Ziel aller Völker ist der unbedingte Wille zum Frieden in der gesamten Welt! Also lasst uns Frieden schaffen, aber ohne Waffen!

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels

Franz Meier, DIE LINKE Staßfurt



„Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortan leben und so auch sein Werk“. Diese Worte, die Friedrich Engels am Grabe von Karl Marx, seinem verstorbenen Freund nachrief, gelten auch für ihn selbst.

Friedrich Engels, Mitstreiter von Karl Marx, hat einen großen Anteil an der gemeinsamen Erarbeitung einer revolutionären Theorie der Arbeiterklasse. Er erwarb sich besondere Verdienste bei der philosophischen Verallgemeinerung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse des historischen Materialismus. Großen Anteil hat er an der tiefgründigen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft seiner Zeit und der Notwendigkeit ihrer Überwindung.

Die LINKE Zeitung hat ihn in diesem Jahr monatlich mit einem Zitat geehrt, die AG „Senioren“ der Staßfurter LINKEN nimmt den 200. Geburtstag von Friedrich Engels zum Anlass, in ihrer Zusammenkunft im November über die Aktualität der Lehren zu diskutieren.

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
November
recht herzlich**

Zum 86. Geburtstag
Karl Dietrich

Zum 80. Geburtstag
Gabriele Maiberg
Joachim Krüger

Zum 60. Geburtstag
Michael Mispelbaum

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
November Geburtstag haben**



**Wahlkreisversammlungen im
Salzlandkreis**

In den nächsten Wochen sind einige Versammlungen zur Nominierung von Direktkandidat*innen für die Landtagswahl 2021 geplant. Bedingt durch die Corona-Pandemie kann es zu Terminänderungen kommen. Bitte informiert euch auf www.dielinke-salzlandkreis.de unter „Termine“ über den aktuellen Stand.

Mailverteiler des Kreisverbandes

Wer ergänzend zur LINKEN Zeitung 2-3 Mal im Monat über aktuelle Entwicklungen informiert werden möchte, schickt uns bitte seine Mail-Adresse an dielinke-slk@t-online.de

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Außerdem freuen wir uns über weitere Mitstreiter*innen für die Redaktionsarbeit (Kontaktdaten der Redaktion siehe unten).

**Aktuelle Informationen zur Arbeit im
Kreisverband gibt es auf
www.dielinke-salzlandkreis.de**

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

Die nächste LINKE Zeitung erscheint erst im Januar, weshalb Redaktion und Kreisvorstand bereits jetzt ein **frohes Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr** wünschen.

Nachruf
In stillem Gedenken
Gertrud Große

OV Schönebeck
Kreisvorstand



Gratulation zum 100.



Ende Oktober beging Fritz Liebefinke aus Bernburg, ältester Genosse im Kreisverband, seinen 100. Geburtstag. Zu diesem ganz besonderen Jubiläum gratulierten die BO-Vorsitzende Christine Pfeiffer, der Kreisvorsitzende Jörg Lemmert und die stellvertretende Landesvorsitzende Doreen Hildebrandt.
ALLES GUTE FRITZ!

**Gegen den Irrsinn der
Rechtspopulisten.
Haltung zeigen.
Mitmachen.**

www.die-linke.de/mitmachen



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand wird am **16.12.2020 um 18 Uhr** im Rahmen einer Telefonkonferenz zur nächsten Sitzung zusammen kommen..

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 04. Januar 2021.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 06. November 2020.**

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.